



Interview, 20.06.2006, 07:25 Uhr

## "Mehr Verantwortung für Bundesländer"

Deutschland und sein Reformtempo - das ist eine alte und mittlerweile recht lange Geschichte. Derzeit kann man wieder eine Etappe betrachten: Gesundheitsreform, Unternehmenssteuerreform, Föderalismusreform. Alle drei sollen noch bis zur Sommerpause - und die beginnt nach Abpfiff der WM - unter Dach und Fach sein.

Es gibt Zweifel, ob der Zeitplan einzuhalten ist, denn die Forderungen von Union und SPD gehen gerade bei der Gesundheitsreform und beim Föderalismus in Teilen noch sehr weit auseinander. Erst gestern hat es innerhalb des SPD-Parteirates beim Thema Bildung und Föderalismusreform noch einmal ordentlich Krach gegeben, weil man die Kompetenzen dafür partout nicht den Ländern überlassen will.

**Hans-Olaf Henkel**, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und stellvertretender Vorsitzender des 'Konvents für Deutschland' (ehrenamtliche Initiative von Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und anderen, um Deutschland Denkanstöße zu geben), befragt von Annette Nolting:

### Das Interview im Wortlaut:

**Annette Nolting:** Sind die Reformvorhaben der Großen Koalition auf einem guten Weg?

**Hans-Olaf Henkel:** Bleiben wir mal bei der Föderalismusreform. Bisher dachte ich, das sei ein sehr guter Anfang. Denn diese Föderalismusreform sollte ja dafür sorgen, dass auch in Deutschland wieder mehr klare Verhältnisse bei den Verantwortlichkeiten existieren. Z. B. bei der Bildung da ging es bisher immer ziemlich durcheinander. Aber Sie haben ja zu Recht von den Auseinandersetzungen - vor allen Dingen mit der SPD-Linken berichtet, die versucht, das zu durchkreuzen. Denen ist der Zentralismus an sich heilig. Und das Wort Wettbewerb scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser. Und deshalb gerät das Schiff schon wieder auf den falschen Kurs.

**Nolting:** Schauen wir uns mal an, worauf man sich im Augenblick geeinigt hatte: Das ist ein ganz klassischer Kompromiss, wenn wir beim Thema Bildung bleiben, und das ist nun mal der wesentliche Punkt. Bei den Hochschulen darf sich der Bund mit Finanzhilfen einmischen, bei den Schulen aber nicht. Ist solch eine Gradwanderung nachvollziehbar?

**Henkel:** Ja natürlich. Ich glaube, dass gerade auch Pisa gezeigt hat, dass es ja völlig

unterschiedliche Ergebnisse heute gibt. Die Länder, denen man die Freiheit gelassen hat, oder die sich die Freiheit genommen haben, für mehr Autonomie an den Schulen zu sorgen, mehr Geld in die Schulen zu stecken, die Bundesländer haben wesentlich besser abgeschnitten. Sie können z. B. feststellen, dass ein Kind von ausländischen Eltern in München besser abschneidet als ein Kind deutscher Eltern in Bremen. Man kann daran sehen, dass auch Kinder mit Migrationshintergrund besser wegkommen, wenn man ein Schulsystem hat, wie z. B. in Bayern praktiziert. Und ich glaube, wir müssen mit dieser Gleichmacherei, mit diesem Gleichschritt aufhören, der immer wieder von den Sozialdemokraten und den Grünen gepredigt wird, denn wenn man sich verabredet hat, wie in der Vergangenheit in der Kultusministerkonferenz, alle 16 Länder sollen das Gleiche machen, ja, dann läuft man meistens mit der Geschwindigkeit des Langsamsten. Und das kann sich Deutschland nicht mehr leisten. Deshalb ist der Ansatz der Großen Koalition, der ursprüngliche Ansatz, diese Verantwortung in die Bundesländer zu legen, völlig richtig.

**Nolting:** Die Frage ist aber natürlich, wie diese Kinder von den Schulen auf die Universitäten kommen?

**Henkel:** Ja, das kann man ja sehen. Ich finde, z. B. im Zuge dieser vorweggenommenen Selbstständigkeit hat der Senator Böger hier in Berlin dafür gesorgt, dass es jetzt ein Institut bei der Freien Universität in Berlin gibt, was unter wissenschaftlicher Leitung arbeiten soll, also unter der Verantwortung der Bildungswissenschaftler. Und dieses Institut und die Freie Universität werden dann dafür sorgen, dass alle Berliner Kinder drei Mal in der gesamten Schulzeit z. B. in der zweiten, fünften oder siebten Klasse auf Sprachen untersucht werden. Dann kann man sehen, wo sind die Unterschiede, dann können die Wissenschaftler an der FU den verschiedenen Schulen auch Vorschläge machen und nach vorne kommen. Das ist eine klassische Länderinitiative - in diesem Fall hat sich Brandenburg und Berlin zusammengeschlossen, freiwillig, was ich auch für richtig halte. Aber der Bund kann doch nicht für diese Hunderttausende von Schulen solche Initiativen organisieren. Wir müssen aufhören, das alles im Gleichschritt zu machen, wir brauchen Vielfalt, wir brauchen aber auch ein paar Experimente, und wir brauchen die Möglichkeit, dass alle vom Besten lernen. Und das würde so ein Institut wie es hier in Berlin jetzt aufgebaut wird, auch schaffen. Dazu brauchen wir den Bund nicht.

**Nolting:** Jetzt haben wir über einen wesentlichen Kernbereich des ersten Teils der Föderalismusreform gesprochen. Das muss man ja an dieser Stelle deutlich hinzufügen. Einen zweiten Teil, der eigentlich noch wichtiger ist, nämlich die Reform der Länderfinanzen, die hat man noch überhaupt nicht angepackt. Will man aber noch in dieser Legislaturperiode, man hat es sich zumindest vorgenommen. Eingedenk der Streitereien, die man jetzt schon hat, wird das Ganze noch schwieriger werden?

**Henkel:** Sie haben einen ganz wichtigen Punkt genannt. Wir beim 'Konvent für Deutschland', der ja unter der Führung von Alt-Bundespräsident Herzog arbeitet, und dem insgesamt 13 Personen angehören, die alle mal - oder die meisten - in der Politik waren, sie sind sehr erfahren, kommen aus allen Parteien. Wir sind auch der Meinung, dass die erste Föderalismusreform, die jetzt schon wankt, wie Sie gerade beschrieben haben, nur ein erster Schritt sein kann. Viel wichtiger wäre in der Tat eine Neuordnung der Finanzverfassung. Wir sind heute an einem Punkt, wo wir elf Nehmerländer haben, und das zeigt doch, dass das ganze Finanzverfassungssystem in Deutschland schon ad absurdum geführt wird. Wir brauchen wieder klare Zuordnung von den politischen Aufgaben und den damit zusammenhängenden Steuereinnahmen. Heute geht das völlig durcheinander. Der Bundestag kann mal soeben beschließen, dass alle Kinder ein Recht auf einen Kindergartenplatz haben,

das mag ja richtig sein, aber die Kommunen haben null Möglichkeiten, das zu finanzieren. Und deshalb brauchen wir ein neues Steuereinnahmesystem und eine klare Verantwortung für die Finanzhoheit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Einer der Gründe, warum Länder, Kommunen und Bund so granatenmäßig verschuldet sind, liegt darin, dass niemand zur Verantwortung gezogen werden kann. Letzten Endes müssen unsere Kinder für diese Schulden aufkommen. Aber einem Politiker, der heute oder morgen wieder gewählt werden soll, der kann nicht zur Verantwortung gezogen werden.

**Fenster schließen!**